

rung der Verwaltung. Hier geht es vor allem darum, das Personalrecht und das Personalmanagement zu hinterfragen, und andererseits um die Verbesserung der Effizienz der Verwaltung, worunter man die folgenden Projekte versteht: Es geht einerseits um eine Reduktion der Doppelprüfungen – insofern würden die Strukturen der Verwaltung überprüft –, und auch die zweite Motion, die heute zur Diskussion steht, wird in diesen Bereich fallen. Zum Zweiten werden die Verfahren und Abläufe in der Verwaltung überprüft mit dem Ziel, diese Verfahren zu vereinfachen und Entlastungen vornehmen zu können. Wir würden in diesem Zusammenhang auch die Schnittstellen zum Parlament überprüfen, weil doch die Verfahren in der Verwaltung zum Teil auch mit dem Parlament zusammenhängen. Allerdings hat das Parlament mit dem Budget dieses Jahres ebenfalls eine Sparmassnahme für die Verwaltungsreform vorgegeben, aber für den Bundesrat stehen die anderen Aspekte der Verwaltungsreform im Vordergrund und nicht die Sparmassnahmen.

Ich bitte Sie, diese beiden Motions anzunehmen, die zweite Motion im Sinne eines Prüfungsauftrags an den Bundesrat.

Angenommen – Adopté

05.054

Volkssouveränität statt Behördenpropaganda. Volksinitiative

Souveraineté du peuple sans propagande gouvernementale. Initiative populaire

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 29.06.05 (BBI 2005 4373)
Message du Conseil fédéral 29.06.05 (FF 2005 4139)

Ständerat/Conseil des Etats 29.09.05 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 29.09.05 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 29.09.05 (Fortsetzung – Suite)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Souveraineté du peuple sans propagande gouvernementale»

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Reimann

.... die Initiative anzunehmen.

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Reimann

.... d'accepter l'initiative.

Präsident (Frick Bruno, Präsident): Sie haben auf Antrag von Herrn Reimann Rückkommen auf Artikel 2 beschlossen und haben ihm damit ermöglicht, seinen Antrag zu Artikel 2 zu stellen. Dieser liegt Ihnen nun schriftlich vor.

Reimann Maximilian (V, AG): Ich möchte mich zunächst herzlich bedanken, dass Sie dem Rückkommensantrag zugestimmt haben, und damit für die Güte, mir zu verzeihen zu haben, dass ich mit Artikel 74 Absatz 4 unseres neuen Parlamentsgesetzes noch nicht hundertprozentig vertraut bin. Aber ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, dass ich nicht der Einzige in diesem Saal bin, dem es so ergangen ist.

Ich ging wirklich vom Obligatorium der Gesamtabstimmung im Anschluss an die Detailberatung aus, wie wir es bis Ende 2003 ja hatten. Da diese Möglichkeit nun aber entfällt, bleibt mir nichts anderes übrig, als bei Artikel 2 des Bundesbeschlusses den Antrag auf Empfehlung zur Annahme der Initiative zu stellen. Ich bitte den Präsidenten bei dieser Gelegenheit, auch die Enthaltungen auszählen zu lassen. Hätten wir das Instrument der elektronischen Abstimmung, wie es in den meisten modernen Parlamenten der Fall ist, so müsste ich diese Zusatzbitte nicht anbringen.

Sinn des Antrages ist es, dem Zweitrat heute schon zu signalisieren, dass auch in unserem Rat eine gewisse Sympathie für das Grundanliegen der Initianten dieses Volksbegehrens vorhanden ist.

Präsident (Frick Bruno, Präsident): Ich werde so abstimmen lassen, wie es unser Geschäftsreglement vorschreibt. Zu ermitteln sind die zustimmenden und die ablehnenden Stimmen. Enthaltungen werden nur bei Gesamtabstimmungen und Schlussabstimmungen gezählt. Sie müssen sie schätzen.

Die Kommission beantragt, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Herr Reimann beantragt, sie zur Annahme zu empfehlen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 34 Stimmen

Für den Antrag Reimann 3 Stimmen

05.3152

Motion Berberat Didier. Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern

Motion Berberat Didier. Représentation des minorités linguistiques au sein des offices fédéraux

Einreichungsdatum 17.03.05
Date de dépôt 17.03.05

Nationalrat/Conseil national 17.06.05
Bericht SPK-SR 25.08.05
Rapport CIP-CE 25.08.05

Ständerat/Conseil des Etats 29.09.05

Präsident (Frick Bruno, Präsident): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Sie beantragt einstimmig die Annahme der Motion. Die gleichlautende Motion Studer Jean 05.3174 haben wir bereits in der Sommersession 2005 angenommen.

Maissen Theo (C, GR): Ich möchte Sie nicht lange aufhalten. Ich will nur auf das hinweisen, was ich bei der ähnlich lautenden Motion, die wir bereits behandelt haben, auch gesagt habe: Es wird von den lateinischen Minderheiten gesprochen. Ich unterstütze selbstverständlich diese Motion. Ich muss aber darauf aufmerksam machen, dass in der Begründung unberücksichtigt bleibt, dass die lateinische Schweiz aus drei Sprachgruppen besteht. Hier sind lediglich die französisch- und die italienischsprachige Schweiz erwähnt. Ich möchte darauf hinweisen, dass es auch eine romanischsprachige Schweiz gibt, die ebenfalls anteilmässig in der Bundesverwaltung vertreten sein sollte. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, Frau Bundeskanzlerin: Ich möchte anregen, zu prüfen, ob im Eidgenössischen Staatskalender – hinten im Register bei der Auflistung der Personen, wo die Sprachen angegeben sind – bei Personen, deren Mutter-